sein eigenes Wohl nutzbringend anlegt, sondern auch ein Opfer, das er dem Allgemeinwohl bringt. Inwieweit dies der Fall ist, soll im folgenden an einigen Zahlenbeispielen belegt werden.

Das gesamte Beitragsaufkommen der Reichsanstalt beträgt im laufenden Haushaltjahr schätzungsweise anderthalb Milliarden Reichsmark. Dafür sind zu leisten: zunächst etwa 680 Millionen Reichsmark als Unterstützung für die rund eine Million Arbeitslosen, die von der Gesamtzahl der noch vorhandenen anderthalb Millionen durch die Reichsanstalt betreut werden müssen, wobei ein monatlicher Durchschnittssatz von 57 Reichsmark für jeden Erwerbslosen zugrundegelegt ist; für die Zwecke der Kurzarbeiterunterstützung wird ein Betrag von 80 Millionen Reichsmark benötigt; für die Durchführung der Reichswohlfahrtshilfe, zur Sanierung der Rentenversicherungen oder zur Pauschalablösung für die Aufrechterhaltung der Anwartschaften der Arbeitslosen in den Rentenversicherungen sind an das Reich mehr als 80 Millionen Reichsmark abzuliefern; die Kosten der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, der Durchführung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, der Landhilfe, des Arbeitsbuches, der Kassengeschäfte, also die Kosten alles dessen, was man gemeinhin ebenso kurz wie mißverständlich „Verwaltungskosten" nennt, betragen rund 185 Millionen Reichsmark; beinahe dieselbe Summe aber wie für die zuerst genannte „Arbeitslosenversicherung" als solche wird für die Zwecke der Arbeitsvermittlung, der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitserhaltung produktiv ausgegeben, nämlich rund 579 Millionen Reichsmark. Darin stecken nicht nur die Kosten für Reise, Umzug und Ausrüstung der im Zuge des Arbeitseinsatzes eingestellten Kräfte, sowie die Kosten für die beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die von der Reichsanstalt zu tragenden Kosten für die Landhilfe und den Frauenarbeitsdienst, sondern vor allem auch die Förderungsbeiträge für Notstandsarbeiten und die wesentliche Beteiligung der Reichsanstalt an den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reiches, das heißt, hauptsächlich für den Landstraßen- und Wasserstraßenbau.

Die hohe Bedeutung des anderen Ausgabengebietes der Reichsanstalt neben ihrer reinen Versicherungseigenschaft tritt vollends zutage, wenn man berücksichtigt, daß die Reichsanstalt anstatt der letztgenannten Summe von 579 Millionen Reichsmark für den gleichen Zweck im Jahre 1930, also inmitten der Wirtschaftskrise, nur rund 29 Millionen Reichsmark aufwenden konnte. Seien wir dankbar, daß sie heute in der Lage ist, sich mit weit stärkeren Mitteln einzusetzen. Nur so wird es möglich sein, die neue Front, die durch den siegreichen Ausgang der Arbeitsschlacht gewonnen wurde, zu behaupten; möglich durch ein Opfer, das jeder derer bringt, die dem kraftvollen Heere der Schaffenden angehören dürfen; denn nur aus Opfern erwächst die Volksgemeinschaft, erwächst das neue Reich.

Moskau sabotiert abermals die Nichteinmischung

Scharfe Erklärungen der Botschafter von Ribbentrop und Grandi zur Goldfrage

London, 16. März.

Entgegen ausländischen Meldungen, die auf sowjetrussische Quellen zurückzuführen sind, ist über die Sitzung des Nichteinmischungsausschusses am Dienstag folgendes festzustellen: In der Sitzung kam die Goldfrage zur Erörterung. Der sowjetrussische Botschafter, der bisher die Behandlung dieser Frage ständig verzögert hatte, erklärte, daß seine Regierung nicht einmal zu einer Erörterung dieses Problems bereit sei. Darauf erklärten Botschafter von Ribbentrop und Botschafter Grandi, daß sie nicht bereit seien, in eine Erörterung der weiteren Fragen der Tagesordnung einzutreten, so dringlich diese auch sein mögen, wenn der Vertreter Sowjetrußlands die Erörterung eines der Punkte verweigere, die für den Verlauf der Ereignisse in Spanien von besonderer Wichtigkeit seien. Eine Ausnahme hiervon würde nur für diejenigen Punkte gemacht, die mit der sofortigen Inkraftsetzung des Kontrollplanes für Spanien zusammenhängen.

Jüdischer Zuwachs im Rat der Volkskommissare

Moskau, 16. März.

Die Sowjetpresse veröffentlicht Verfügungen des Zentralausschusses über eine Reihe von Neuernennungen im Rat der Volkskommissare. Danach wurde Moses Granowski, ein Jude, zum stellvertretenden Volksjustizkommissar ernannt. Völlig umgebildet wurde das Gesundheitskommissariat. Sein bisheriger Leiter Kaminski wurde wegen der haarsträubenden Zustände, die in den letzten Monaten in den Krankenhäusern und Kliniken aufgedeckt wurden, entlassen, und zu seinem Nachfolger Sergiew ernannt. Seine Stellvertreter wurden Frau Charlamowa und Kantorowitsch, ebenfalls ein Jude. Mit Saveniagin, der in diesen Tagen zum stellvertretenden Schwerindustriekommissar ernannt wurde, sind damit drei weitere Juden in den Rat der Volkskommissare eingezogen.

*

Der Kampf, den der Nationalsozialismus gegen den bolschewistischen Weltfeind geführt hat und noch führt, beruht auf der Erkenntnis, daß das Judentum die marxistische Lehre und den bolschewistischen „Musterstaat" Sowjetrußland geschaffen hat, um damit einen entscheidenden Schritt zur Aufrichtung der jüdischen Weltherrschaft zu tun. Allein das Judentum kann auf die Dauer aus dem Marxismus Nutzen ziehen; deshalb begünstigt es die Terrorherrschaft in Rußland und fördert mit allen Kräften die Bestrebungen der Komintern, die diese Herrschaft über die ganze Welt ausbreiten will. Es war dem internationalen Judentum überaus unangenehm, daß seine führende Rolle im Bolschewismus enthüllt worden ist. Die Rede des Reichsleiters Alfred Rosenberg auf dem letzten Reichsparteitag gab einen Einblick in die Verjudung des Sowjetstaates, in dem alle führenden Posten entweder mit Juden oder nichtjüdischen Strohmännern besetzt sind, die von jüdischen Hintermännern nach ihrem Willen gelenkt werden. So ist bekanntlich der Jude Kaganowitsch, Stalins Schwiegervater, der mächtigste Mann Sowjetrußlands, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen. Die obige Meldung bestätigt die seit einiger Zeit zu beobachtende Tatsache, daß man in Moskau wegen der wachsenden judenfeindlichen Einstellung weiter Bevölkerungskreise Nichtjuden mit den wichtigsten Staatsämtern betraut, ihnen aber jüdische „Stellvertreter" beigibt, die als die eigentlichen Leiter der Kommissariate zu gelten haben.

Brüsseler Gericht verurteilt belgische Hetzzeitung

Die Lüge, Léon Degrelle stünde im Solde Deutschlands, zurückgewiesen

Brüssel, 16. März.

Der Rexistenführer Léon Degrelle hat am Montag innerhalb kurzer Frist zum zweiten Male vor einem belgischen Gericht über seine politischen Gegner ein obsiegendes Urteil davongetragen. Das Brüsseler Zivilgericht hat durch ein Urteil gegen die große Brüsseler Zeitung „Le Soir", die wegen Verleumdung Degrelles zu 25 000 Franken Geldstrafe verurteilt wurde, Degrelle von einem Vorwurf befreit, der von den politischen Gegnern der Rexbewegung nicht nur im jetzigen Wahlkampf, sondern auch schon früher systematisch erhoben worden ist.

Man hat planmäßig versucht, die Rexbewegung dadurch in Belgien zu diskriminieren, daß man immer wieder behauptete, Degrelle stehe „im Solde Deutschlands". In Zusammenhang damit wurde von einer gewissen Presse immer wieder der Versuch gemacht, Deutschland in die großen innerpolitischen Auseinandersetzungen, die seit ungefähr einem Jahre in Belgien im Gange sind, hineinzuziehen. Das Brüsseler Zivilgericht hat jetzt mit seinem Urteilsspruch diese böswillige Hetze, die sich nicht nur gegen Rex richtete, sondern bei der auch der Wunsch, die deutsch-belgischen Beziehungen zu vergiften, nur allzu deutlich zu erkennen war, ein Ende gemacht.

Englisch-französisches Kesseltreiben gegen Belgien

Paris, 16. März.

Die Westpaktverhandlungen beschäftigen die französische Presse nach wie vor in erster Linie. Die Blätter stellen fest, daß sich eine große englisch-französische Aussprache vorbereite. Sie unterstreichen, daß zunächst einmal die Frage der belgischen Neutralität in den Vordergrund rücke. Die wiederholten Schritte der belgischen Regierung zielten darauf ab, die Neutralität Belgiens allein durch die vier Mächte England, Frankreich, Deutschland und Italien garantieren zu lassen, ohne daß Belgien seinerseits irgendwelche Verpflichtungen übernehme.

Man müsse hoffen, so schreibt das Volksfrontblatt „Ce Soir", daß die Erklärungen der belgischen diplomatischen Vertreter in Paris wie auch in London die Absichten der belgischen Regierung besser aufklärten. Das Blatt meint dann, Neutralität bedeute Aufgabe der kollektiven Sicherheit. (!) Weder Frankreich, das dadurch an seiner Nordgrenze bedroht würde, noch England, dem dann die „unsichtbare Rheingrenze" fehle, würden geneigt sein, für Belgien all die Opfer zu bringen, die ein Angriff auf dieses Land erforderlich machen würde.

Der „Paris Soir" hebt in Anlehnung an eine englische Zeitung hervor, daß es Deutschlands Ziel sei, die enge Entente, die zwischen England, Frankreich und Belgien bestehe, zu brechen. Die belgische Neutralität sei eine höchst bedeutungsvolle Angelegenheit, denn die Lage in Osteuropa würde sich in der Tat völlig ändern, je nachdem ob Belgien die Generalstabsabmachungen beibehalten würde oder nicht. Fast der gleichen Ansicht ist das „Journal des Débats", das sich zu der Behauptung versteigt, Deutschland versuche, mit Hilfe der Neutralitätsabkommen mit seinen Nachbarn freie Hand im Osten, wahrscheinlich gegen die Tschechoslowakei, zu erlangen.

Englisch-französische Freundschaft

Paris, 16. März.

Ministerpräsident Léon Blum hielt bei einem Essen der englischen Handelskammer in Paris eine Rede, in der er u. a. ausführte, es werde seine größte Genugtuung sein, während seiner Regierungszeit an der Engergestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beigetragen zu haben. Die Freundschaft zu England sei heute eines der mächtigsten Gefühle des französischen Volkes. Das sei kostbar für beide Länder, aber auch für ganz Europa. Léon Blum bezeichnete es als glücklich, daß die in Frankreich wohnenden Engländer dazu beitrügen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und gewisse Beunruhigungen zu beheben. Diese Engländer hätten sich schnell davon überzeugt, daß die augenblickliche Regierung Frankreichs ihrem Mandat treu bleibe und sich bemühe, die Wirtschaft des Landes aus dem Sumpf zu ziehen. Frankreich gebe ebenso wie England heute das Schauspiel einer Nation, die sich rüste, jedoch entschlossen bliebe, niemals eine Kriegsinitiative zu ergreifen, die leidenschaftlich den Frieden wünsche und mit geduldigem Eifer nach Verhandlungen und Verträgen rufe, die eine allgemeine Regelung vorbereiten könnten. Léon Blum brachte ferner den Wunsch zum Ausdruck, daß man dazu gelangen möge das Gefühl der kollektiven Sicherheit auf solide Grundlagen zu setzen. In diesem Zusammenhang hoffe er, daß die große internationale Kundgebung der Weltausstellung zu diesem notwendigen Werk des Friedens beitragen werde.

Vorher hatte der Präsident der englischen Handelskammer in Paris, Clark, in einer kurzen Ansprache festgestellt, wie herzlich die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien. Dies sei die sicherste Friedensgarantie.

Englisches Flugzeug in Westdeutschland abgestürzt

Berlin, 16. März.

Das englische Flugzeug „G ACVJ" ist in der Nacht zum 16. März gegen Mitternacht beim Forsthaus Elsdorfer Bürge im Kreis Bergheim (Rheinprovinz) mit drei Insassen abgestürzt und verbrannt. Die Leichen sind aufgefunden worden.

Polen deckt einen zweiten Fall Seba auf

Wie Prag über das Polen von heute denkt – Der tschechische Staatsverlag erneut belastet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. März.

Die „Polska Zbrojna", das Organ der Militärkreise Polens, berichtet aus Prag, daß im tschechischen Staatsverlag „Orbis" ein Buch von einem gewissen Wacław Fialas mit dem Titel „Das Polen von heute" erschienen ist, das die Verhältnisse in Polen in den schwärzesten Farben schildert und auf Grund seiner Angaben zu dem Schluß kommt, daß Polen ein Problem darstelle und der Verfasser nicht wisse, wie es zu lösen sei. Wie die „Polska Zbrojna" meint, müßte der Leser nach dem Lesen des Buches zu der Annahme gelangen, daß Polen nicht mehr lange bestehen werde, denn ein Staat, um den es so schlecht bestellt sei, könne nicht lange bestehen. Da der Verfasser des Buches zu den Schriftleitern der dem Prager Außenministerium sehr nahestehenden Pressegentur „Centropresk" gehört, müsse man sich, so meint das polnische Blatt, die Frage stellen, was mit der Veröffentlichung dieses Buches bezweckt wird. Es sei wohl ein Ausfluß des bösen Willens, dem gewisse einflußreiche tschechische Kreise gegen alles, was polnisch ist, hegen. Zum Glück brächten aber derartige Veröffentlichungen nicht Polen, sondern der Tschechoslowakei den Schaden. Aber immerhin habe das Buch den Wert eines Dokumentes, ähnlich wie das Buch Sebas, denn es bekunde, in welcher Weise die Tschechoslowakei das Ausland über Polen zu unterrichten trachtet. Das wäre um so bedeutsamer, als das Vorwort zu dem Buch, wie zu dessen französischer Vorausgabe, Prof. Eisenmann, Direktor des französischen Instituts in Prag, geschrieben hat.

Außenminister Eden gab am Dienstagabend zu Ehren des in London weilenden schwedischen Außenministers Sandler ein Essen.

Die Brille von HAHN
Exakte Beharöung und Beratung besonders wichtig für **Die erste Brille**
Wilsdruffer Str. 28 / Annenstr. 58, am Sternplatz
Lieferant aller Kassen

Störungsversuche zur Westpaktfrage

Berlin, 16. März.

Die „Deutsche Diplomatische Korrespondenz" beschäftigt sich in einer Betrachtung mit den Störungsmanövern, die nach der deutschen und italienischen Stellungnahme zur Westpaktfrage eingesetzt haben. Von bestimmten Kreisen, denen die praktische deutsche Methode der schrittweisen Bereinigung konkreter Probleme nicht paßt, wird wieder das abgegriffene Schlagwort von der „freien Hand im Osten" hervorgeholt, um Störungseffekte zu erzielen, die der Durchschlagskraft der deutschen Argumente entgegenwirken. „Schon rein logisch führen sich, so heißt es in dem Aufsatz, derartige Betrachtungen von selbst ad absurdum. Lassen sie doch auf den grotesken Standpunkt hinaus, daß jede Bereinigung von Gegensätzen und jeder Ausgleich von Spannungen, wo auch immer, geradezu von Uebel wären, weil damit die Durchsetzung unfriedlicher Absichten an anderen Stellen erleichtert (!) werden könnte.

Bei all jenen Ländern, mit denen Deutschland durch seine praktischen Methoden zu einer Beseitigung früherer Unstimmigkeiten gelangt ist und ein Einvernehmen schaffen konnte, sind denn auch derart verstiegene und unnatürliche Ansichten kaum anzutreffen. Um so erstaunlicher erscheint es, daß ein offiziöses Wiener Blatt sich veranlaßt zu sehen glaubt, die deutsche und die italienische Westpaktkonzeption unter dem Gesichtspunkt des „unteilbaren Friedens" bemängeln zu müssen und von der freien Hand der Vertragspartner außerhalb der westlichen Zone zu sprechen. Bisher sind derartige Unterstellungen das zweifelhafte Vorrecht vor allem jener Kräfte gewesen, von denen man genau weiß, welche Zwecke sie mit ihren Theorien vom unteilbaren Frieden in Wahrheit verfolgen. Daß in dieser Hinsicht Sekundantendienste von einer Seite geleistet werden, die mit dem Abkommen vom 11. Juli den Nutzen der deutschen Methode der Friedenssicherung selbst erfahren hat, berührt auch im Hinblick auf den besonderen Charakter des deutsch-österreichischen Verhältnisses eigenartig."

Eine Stiftung der Reichsregierung für die Londoner Universität

London, 16. März.

Botschafter v. Ribbentrop übergab am Dienstagnachmittag dem englischen Institut für Geschichtsforschung anläßlich des 100jährigen Jubiläums der Universität London im Namen der Reichsregierung eine Sammlung historischer Werke. Die Stiftung umfaßt 2000 Bücher geschichtlichen Inhalts, u. a. das letzt erhältliche vollendete Exemplar der „Monumenta Germaniae Historica", das grundlegende Quellenwerk zur Geschichte des deutschen Mittelalters. Botschafter v. Ribbentrop, der vom Ehrenpräsidenten des Instituts, Prof. Pollard, begrüßt wurde, wies in einer Ansprache darauf hin, daß diese deutsche Bibliothek den englischen Studenten Gelegenheit gebe, sich eine gründliche Kenntnis der Geschichte des deutschen Volkes anzueignen. Es sei notwendiger denn je, daß man einander verstehe. Nichts würde hierbei mehr helfen, als eine gründliche Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung und der Lebensbedürfnisse der Völker. Der Vizekanzler der Universität London, F. H. Cazin, und der Präsident des Universitätssenates, Lord McMillan, nahmen hierauf im Namen der Universität London die Stiftung der Reichsregierung entgegen und dankten in herzlichen Worten für das großzügige Geschenk.

Ernennungen in der Wehrmacht

Berlin, 16. März.

Der Führer und Reichskanzler hat mit Wirkung vom 1. April 1937 ernannt:

Beim Heer: den General der Artillerie v. Brauchitsch, bisher Kommandierender General des I. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis I, zum Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 4; die Generalleutnante v. Küchler, bisher Inspekteur der Kriegsschulen, zum Kommandierenden General des I. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis I; v. Niebelschütz, bisher Kommandeur der 11. Division, zum Inspekteur der Kriegsschulen; die Generalmajore Volk, bisher Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade, zum Kommandeur der Kavallerieschule, Bader, bisher Artilleriekommandeur 2, zum Kommandeur der 2. Division, Strecker zum Kommandeur des Infanterieregiments 4, Bock zum Kommandeur der 11. Division; den Oberst v. Mackensen, bisher Chef des Generalstabes des X. Armeekorps, zum Kommandeur der 1. Kavalleriebrigade;

bei der Kriegsmarine: den Konteradmiral Rother, bisher Kommandeur des Sperrversuchskommandos, zum Inspekteur der Sperrwaffeninspektion.

Mit dem 1. April werden versetzt: der Generalmajor von Dalwigk zu Lichtenfels, bisher Kommandeur der Kavallerieschule, zu den Offizieren zur Verfügung des Oberbefehlshabers des Heeres in Berlin; der Generalmajor Bertram, bisher Kommandant von Stettin, zum Reichskriegsgericht.

Mit dem 31. März 1937 ist der Abschied aus dem aktiven Wehrdienst bewilligt: dem Generalleutnant Gercke, bisher Kommandeur der 2. Division.

Mussolini in Tripolis

Rom, 16. März.

Tripolis prangte am Dienstag anläßlich des Besuches des italienischen Regierungschefs im Flaggenschmuck. Salutschüsse verkündeten gegen 20 Uhr das Nahen des Duce, der von Prinz Caramanli, einem Mitgliede des ältesten und vornehmsten arabischen Adelsgeschlechts, mit einer Ansprache begrüßt wurde. In Begleitung Mussolinis befanden sich der Generalgouverneur von Libyen, Marschall Balbo, Kolonialminister Lessona, Parteisekretär Starace.